

Information zur Erhebung von personenbezogenen Daten

(Informationspflicht nach Art. 13 und 14 DSG-VO)

1. Namen und Kontaktdaten von Verantwortlichen und Datenschutzbeauftragten

(Art. 13 Abs. 1 lit. a, b / Art. 14 Abs. 1 lit. a, b DSG-VO)

Verantwortlich: Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt

Der Landrat Schloßstraße 24 07318 Saalfeld

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Amt für Öffentliche Ordnung und Sicherheit Sachgebiet Jagd Fischerei- und Waffenrecht

Tel. 03671823-241 Fax 03671823-373

jagd-waffenrecht@kreis-slf.de

<u>Datenschutzbeauftragte/r des Landratsamtes Saalfeld-Rudolstadt:</u>

Sitz: Schloßstraße 24, 07318 Saalfeld

Tel. 03671823-559

datenschutzbeauftragter@kreis-slf.de

2. Zweck der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 / Art. 14 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO DS-GVO) (Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 / Art. 14 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO DS-GVO)

- Erteilung von Jagderlaubnissen
- Bestätigung von Pachtverträgen (Jagd/ Fischerei)
- Bestellung von Fischereiaufsehern
- Auskünfte aus Bundeszentralregister, staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister, Polizei, Verfassungsschutz, Meldeamt
- Durchführung Jägerprüfung und Fischerprüfung
- Erteilung und Untersagung waffenrechtlicher Erlaubnisse
- Eintragungen in Waffenbesitzkarte/ Jagdscheine
- Ordnungswidrigkeitsanzeige/ Strafanzeige
- Registerdatenbearbeitung
- Entgegennahme, Bearbeitung und Bescheidung von Onlineanträgen

3. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DSG-VO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 UA lit c DSG-VO (die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt) sowie Art. 6 Abs. 1 UA lit. e DSG-VO (die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde):

Jagd-, Fischerei- & Waffenrecht 041.11-069_005



Waffengesetz, Allgemeine-Waffengesetz-Verordnung, Bundesjagdgesetz, Thüringer Jagdgesetz, Verordnung zur Ausführung des Thüringer Jagdgesetzes, Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Jäger, Falkner, Jagdaufseher, Thüringer Fischereigesetz, Ausführungsverordnung zum Thüringer Fischereigesetz, Thüringer Verordnung über die Fischerprüfung, Thüringer Richtlinie zur Durchführung von Brauchbarkeitsprüfungen für Jagdhunde i.V.m. Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz, Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz, Bundeszentralregistergesetz

4. Kategorien der personenbezogenen Daten

(Art. 14 Abs. 1 lit. d DSG-VO)

Folgende Kategorien von personenbezogenen Daten werden verarbeitet:

- Name, Anschrift, Kontaktdaten, Geburtsdaten, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit
- Waffenerwerb/-besitz, Jagd- und Fischereirechtliche Daten,
- Straftaten Verurteilungen/lfd. Ermittlungsverfahren

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 lit. e, f / Art. 14 Abs. 1 lit. d DSG-VO)

Ihre personenbezogenen Daten werden von folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern verarbeitet:

intern: Bußgeldstelle, Kreiskasse, Dritte

extern: Meldeämter, Registerämter, Sicherheitsbehörden, Landesverwaltungsamt, Ministerien,

Jagdgenossenschaften und Hegegemeinschaften, Vereine im Beteiligungsverfahren

Auftragsverarbeiter: Softwaredienstleister Condition, Nationales Waffenregister, Onlineantragsportale, TLRZ

Ihre personenbezogenen Daten werden nur bei Überführung von Waffen aus oder in Drittländer und/oder Ausübung der Jagd im Ausland an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

6. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a / Art. 14 Abs. 2 lit. a DSG-VO; § 44 a S. 1 WaffG; Empfehlung der KGSt)

Die Daten werden nach der Erhebung für folgende Dauer gespeichert:

Waffenrecht Erlaubniserteilung, -widerruf, -versagung;

waffenrechtliche Bedürfnisse; Erteilung/Versagung Kleiner Waffenschein; Waffenbesitzverbote;

Wegzug oder Tod von Erlaubnisinhabern: 40 Jahre nach Aktenschluss

Jagdbezirke, Jagdgenossenschaften, Jagdpachtverträge;

Erteilung/Verlängerung Jagdschein; Wegzug/Tod von

Erlaubnisinhabern:

Verfahren über Einziehung Jagdschein: 40 Jahre nach Aktenschluss

Fischereirecht Fischereiwesen; Fischereiprüfung: 20 Jahre nach Aktenschluss

30 Jahre nach Aktenschluss



7. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b / Art. 14 Abs. 2 lit. c DSG-VO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

- Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.
- Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).
- Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).
- Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.
- Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

8. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. c/ Art. 14 Abs. 2 lit. d DSG-VO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSG-VO). Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

9. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 lit. d / Art. 14 Abs. 2 lit. e DSG-VO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

10. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Sie sind mithin verpflichtet, personenbezogene Daten bereitzustellen. Bei Nichtbereitstellung ist keine Antragsbearbeitung möglich. Nicht ordnungsgemäße, unterlassene oder fehlerhafte Angaben können ordnungsrechtliche Maßnahmen und Bußgeldverfahren zur Folge haben.



11. Quelle der personenbezogenen Daten

(Art. 14 Abs. 2 lit. f DSG-VO)

Ihre personenbezogenen Daten stammen aus folgenden Quellen:

- Antragsformular und beigefügte Unterlagen sowie Auskünfte im Verfahren Beteiligter
- Ihre personenbezogenen Daten stammen <u>nicht</u> aus einer öffentlich zugänglichen Quelle.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung nach Art. 22 Abs.1, 4 DSG-VO

(Art. 13 Abs. 2 lit. f / Art. 14 Abs. 2 lit. g DSG-VO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung durch das Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt finde <u>nicht</u> statt.

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 / Art. 14 Abs. 4 DSG-VO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.

Rudolstadt, 12. Februar 2024